



## Dokumentation

### Wissenschaft braucht Gesellschaft – Wie geht es weiter nach dem March for Science?

am 25. und 26. Oktober 2017 in Hannover

Fachkonferenz der VolkswagenStiftung in Partnerschaft mit der Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften, der Wochenzeitung DIE ZEIT und der Robert Bosch Stiftung

Weitere Informationen finden Sie unter [www.volkswagenstiftung.de/wowk17](http://www.volkswagenstiftung.de/wowk17)

#### Impulsreferat zur Session „Was haben sich Wissenschaft und Gesellschaft (noch) zu sagen?“

#### **Prof. Dr. Martina Brockmeier, Vorsitzende des Wissenschaftsrats**

Der *March for Science* war eine vielbeachtete weltweite Bewegung. Ziel dieser Bewegung war es insbesondere, auf mögliche Fehlentwicklungen im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit hinzuweisen. Veranstaltungen wie diese werden außerhalb des Wissenschaftssystems oft auch als Zuspitzung eines Konflikts wahrgenommen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler würden es demgegenüber gewiss vorziehen, wenn Veranstaltungen wie der *March for Science* in der Öffentlichkeit differenziert wahrgenommen würden. Die Vielfalt der beim *March for Science* verhandelten Fragestellungen und die mir hier zur Verfügung stehende Zeit sind inkompatibel. Vor diesem Hintergrund möchte ich mich bezüglich der Frage, wie es nun mit dem Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft weitergeht, auf drei wesentliche Thesen beschränken.

**Erste These:** Es wäre irreführend, allgemein von einer „Vertrauenskrise zwischen Wissenschaft und Gesellschaft“ zu sprechen.

Vielmehr haben viele der mit „Krisen“ häufig in Verbindung gebrachten und auch für den *March for Science* bedeutenden Aspekte ihren Ursprung woanders. Sie sind Ausdruck genereller Entwicklungen in der Gesellschaft, und sie spiegeln sich auch in der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Wissenschaft wider. Zwei wesentliche Faktoren dieser Entwicklungen begünstigen das Erstarken populistischer Strömungen und Verschwörungstheorien unterschiedlicher Couleur.

Diese sind: 1.) die zunehmende Überzeugung in der Gesellschaft, dass ein enger Kreis etablierter Akteure aus Politik und Wirtschaft einen großen Einfluss auf die Meinungs- und Entscheidungsbildung besitzt. 2.) die Kommunikationsformate der sozialen Medien, die eine Abschottung homogener „Meinungsblasen“ und innerhalb dieser ein „wir gegen die da oben“-Gefühl befördern.

Viele problematische Beispiele von Wissenschaftsskepsis, denken Sie etwa an den Klimawandel oder das Thema Impfen, beruhen darauf, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht nur als Teil des Wissenschaftssystems wahrgenommen werden. Vielmehr werden sie oftmals von Skeptikern als Mitglieder (oder zumindest als Handlanger) einer Elite angesehen, die primär auf ihren eigenen Machterhalt und finanziel-

len Vorteil aus ist. So werden im diesjährigen Wissenschaftsbarometer als wesentliche Gründe für Misstrauen gegenüber Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht etwa mangelndes Können, Fehleranfälligkeit, das Infrage stellen von Ergebnissen oder aber das Missachten von Regeln und Standards guter wissenschaftlicher Praxis angeführt. Nein, der am häufigsten angegebene Grund für Misstrauen gegenüber der Wissenschaft ist ihre vermeintliche Abhängigkeit von Geldgebern.

An der Institution Wissenschaft, an ihrem methodischen und empirischen Anspruch, wird demnach nicht gezweifelt. Stattdessen werden einzelnen Mitgliedern des Wissenschaftssystems eher unlautere Motive unterstellt, die sie an der Verbreitung der eigentlichen Wahrheit hindern. Daher hilft in diesem Fall auch nicht der Rückzug der Wissenschaft auf das Postulat der Wertfreiheit. Diese Entwicklung könnte zunächst als harmlose Spinnerei einer Minderheit abgetan werden. Tatsächlich verbergen sich hier jedoch große Gefahren, sollten solche Tendenzen noch weiter zunehmen. Denn, so meine

**zweite These:** Ein gelungener Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft ist für beide unverzichtbar.

Die Wissenschaft ist auf Akzeptanz und Unterstützung seitens der Gesellschaft angewiesen. Nur dann kann öffentliche Finanzierung von Wissenschaft gerechtfertigt werden. Es muss daher im eigenen Interesse von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern liegen, den Dialog mit Akteuren außerhalb der Wissenschaft zu suchen. Aber auch für die Gesellschaft ist es von großer Bedeutung, dass wissenschaftlich fundierte Aussagen zu wichtigen Fragen und Herausforderungen Akzeptanz finden. Nur dann kann sich der demokratische Willensbildungsprozess an den besten verfügbaren Wissensbeständen ausrichten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tragen somit auch eine Verantwortung dafür, ihre Erkenntnisse für einen breiten Kreis verständlich zu kommunizieren. Dabei sind jedoch vor allem auch die Schwierigkeiten zu beachten, auf die ich in der ersten These hingewiesen habe, so dass sich eine

**dritte These** formulieren lässt:

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollten sich für die Kommunikation von Forschungsergebnissen persönlich einsetzen, müssen dabei aber auf unterstützende Strukturen zurückgreifen können, die auch über die Wissenschaft hinausgehen.

Eine gelungene Wissenschaftskommunikation kann sich nicht auf die reine Vermittlung von Informationen beschränken. Aufgrund der starken Wissensasymmetrie zwischen Expertinnen und Laien ist es für Laien schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, die Stichhaltigkeit von Argumenten oder verschiedenen Positionen der Experten zu beurteilen. Studien haben sogar gezeigt, dass Vertreter bzw. Anhänger obskurer Positionen diese oft noch vehementer vertreten, nachdem sie mit widersprechenden wissenschaftlichen Erkenntnissen konfrontiert wurden. Nach dem Motto: „Wenn Du nicht meiner Meinung bist, sagst Du nicht die Wahrheit.“ Von großer Bedeutung in diesem Meinungsbildungsprozess ist es vor allem, die Vertrauenswürdigkeit der Quellen, aus denen die Informationen über wissenschaftliche Erkenntnisse stammen, zu stärken. „Regeln guter Transferpraxis“, auf institutioneller Ebene verankert, sind in diesem Prozess enorm wichtig. So fordert auch der Wissenschaftsrat in seinem Positionspapier zum Wissens- und Technologietransfer deren Anwendung und er bezieht dabei die Felder der Wissenschaftskommunikation und der Politikberatung ausdrücklich mit ein.

Dieser institutionell gestützte Meinungsbildungsprozess muss zudem heruntergebrochen werden auf die Ebene der einzelnen Wissenschaftlerin, des einzelnen Wissenschaftlers. Das aktuelle Wissenschaftsbarometer zeigt eines deutlich: Das hinter der Forschung stehende Erkenntnisinteresse sowie die Unabhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Interessen stehen im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses. Umso wichtiger ist es, dass Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sich zu den Regeln guter wissenschaftlicher Praxis und guter Transferpraxis bekennen, diese Regeln eingehalten werden und ihre Bedeutung glaubhaft kommuniziert wird. Doch auch andere Akteure außerhalb der Wissenschaft können und sollten ihren Beitrag dazu leisten, das Vertrauen in die Wissenschaft zu stärken. Dazu gehören Akteure aus Politik und Wirtschaft, aus Stiftungen und natürlich auch aus den Medien. Sie alle können den "Zauber der Wissenschaft" mit in die Gesellschaft tragen und zu einem sachgerechten Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft und somit zu einer Stärkung des Vertrauensverhältnisses ganz wesentlich beitragen. Aber dazu werden andere berufene Stimmen sich ja morgen noch detaillierter äußern.